

Debatte über Pflege: Wo ist die Gesundheitsministerin?

Utl.: FPÖ kritisiert inhaltliche Absenz von Rauch-Kallat =

Wien (OTS) - Die FPÖ spricht sich im Rahmen der aktuellen Diskussion rund um den Personalmangel im Pflegebereich erneut für eine Ausbildungs- und Umschulungsinitiative der öffentlichen Hand aus.

FPÖ-Vizebundesparteiobmann Norbert Hofer: "Selbstverständlich muß bei akutem Personalmangel in diesem wichtigen sozialen Bereich befristet eine legale Beschäftigung von ausländischem Pflegepersonal möglich sein. Das haben wir auch in unserem Programm so verankert. Allerdings muß alles daran gesetzt werden, endlich eine Ausbildungsinitiative für heimische Arbeitskräfte im Pflegedienst zu starten. Auf diese Art und Weise kann der kränkelnde Arbeitsmarkt spürbar entlastet werden, und zwar nachhaltig."

Hofer fordert zudem eine Verlegung der Ausbildung für den Gesundheits- und Pflegedienst in das tertiäre Bildungssystem. Das sei im Rahmen einer zukunftsorientierten Qualifikation unerlässlich. Die weitere, praktische Ausbildung in den Krankenhäusern, den Pflegeheimen oder in der Hauskrankenpflege muß durch höchst qualifiziertes und speziell geschultes Personal erfolgen.

Hofer: "Gesundheits- und Pflegeberufe haben in Österreich das größte Entwicklungspotential und sind eine große Chance für unsere Jugend. Wer hier qualitativ hochwertig ausgebildet ist, muß sich um seine Zukunft keine Sorgen machen."

Kritik übt die FPÖ an der inhaltlichen Absenz von Gesundheitsministerin Rauch-Kallat.

Hofer: "Offensichtlich hat der Kanzler die Dame mit dem Faible für Hüte bereits abgeschrieben. Ich gehe davon aus, daß Rauch-Kallat nicht mehr Mitglied einer neuen Bundesregierung sein wird. Trotzdem ist sie als amtierende Gesundheitsministerin gefordert, ihr Zukunftskonzept für den Pflegebereich auf den Tisch zu legen."

Die FPÖ schlägt auch die rasche Umsetzung eines neuen Zivildienstmodells für Frauen vor. Wenn sich Frauen freiwillig im

Rahmen eines Zivildienstes dem Pflegebereich widmen, so sollen sie im Falle eines Studiums im Gesundheits- oder Sozialbereich für die Mindeststudiendauer von Studiengebühren befreit werden. Sie sollen unabhängig davon in Pflegeeinrichtungen der öffentlichen Hand aufgrund ihrer Erfahrung auch bevorzugt eine Anstellung erhalten.

Rückfragehinweis:

Büro HC Strache

Karl Heinz Grünsteidl, Bundespressereferent

+43-664-4401629, karl-heinz.gruensteidl@fpoe.at

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0047 2006-08-16/09:56

160956 Aug 06

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20060816_OTS0047